

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 22, 2. November 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto.-Nr.: 0670017787

Einblicke

Rituale

Von Franziska Hundseder

Medienberichterstattung über Rechtsextremismus folgt immer dem selben Ritual. Erstens: Es muss sensationell sein, wenn über rechtsaußen berichtet wird, entweder auf Grund spektakulärer Wahlergebnisse oder brutaler Gewalttaten. Zweitens: Auf die Ereignisberichterstattung folgt dann schnell die Frage, ob die Berichterstattung nicht den Rechtsextremen nütze, ob ihnen dadurch nicht zu viel Aufmerksamkeit geschenkt würde. Drittens: Dann tritt Übersättigung ein und flugs wird vor einer Dramatisierung der Gefahr von rechts gewarnt. Damit ist dann das Thema erst mal erledigt bis zur nächsten Sensation von rechts.

Jetzt setzen viele Kommentatoren auf die Karte des NPD-Verbots. Diese Konzentration auf die NPD erweckt den Anschein, als ob mit einem Parteiverbot dem Rechtsextremismus das Haupt abgeschlagen werde. Weder wäre das Verbot ein geeignetes Instrument gegen rechtsextreme Gewalttäter, die eben nur in einem geringen Teil in der NPD organisiert sind. Der Ausländerfeindlichkeit und dem Antisemitismus in den Köpfen der Normalbürger, die den Gewalttätern heimlich applaudieren, kommt man so schon gar nicht bei.

Wenn Rechtsextremismus wirklich bekämpft werden soll, reicht nicht der konjunkturelle Aufschrei nach einem Bombenattentat. Die rechte Gewalt ist seit Anfang der 90-er Jahre konstant hoch. Aber sie war bis vor dem Anschlag in Düsseldorf normal geworden und nur ein paar Zeilen auf den hinteren Seiten der Zeitungen wert. Ein Blick auf die Opfer fand nicht statt. Deshalb ist die Aktion der „Frankfurter Rundschau“ und des „Tagesspiegel“ so wichtig gewesen. Wünschenswert wäre eine ständige Wochenchronik, damit die Verharmlosung endlich keine Chance mehr hat.

Franziska Hundseder ist Vorsitzende der Fachgruppe Journalismus (dju/swjv) in der IG Medien

Putsch an der Spitze

Neonazis wollten den NPD-Landesverband Schleswig-Holstein übernehmen. Das Parteipräsidium verhängte den „organisatorischen Notstand.“

Seite 2

Geistesverwandte

Rechte Burschenschafter in Halle sind aktiv mit der neonazistischen Szene verbunden.

Seite 3

Die Mär von Nazi-UFOs

Auf der Frankfurter Buchmesse präsentierten mehrere Verlage ihr Angebot an braunen esoterischen Schmöckern.

Seite 5

Strategiewechsel

In Frankreich versucht sich der Front National unter Le Pen nach wie vor im Populismus. Rivale Mégret bekennt sich inzwischen klar zum Rassismus.

Seite 8

Satire als Werkzeug

Der bekannte Grafiker Klaus Staack zieht eine Bilanz.

Seite 10

Meldungen

Seite 14

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Brauner Putsch**

Das NPD-Präsidium hat den „organisatorischen Notstand“ über den Landesverband Schleswig-Holstein verhängt.

Das Chaos im Landesverband Schleswig-Holstein der NPD könnte größer nicht sein: Nach ihrem Parteitag vom 14. Oktober steht die Partei im nördlichsten Bundesland mit einem geschassten, einem gewählten, aber suspendierten Vorstand und einem kommissarischen Frontmann da. Auf dem Parteitag hatte ein Trio vom Neonazi-Flügel der Partei putschartig den Landesvorstand übernommen. Die Versammlung wählte mit sieben Stimmen Vorsprung den 25-jährigen Jürgen Gerg, der Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und enger Kumpane des Neonazi-Kaders Christian Worch ist, an die Spitze. Ingo Stawitz, bis dahin Landeschef, wurde somit abgesetzt. Damit Gerg kandidieren konnte, hatte der Parteitag zuvor die Entscheidung des NPD-Bundesschiedsgerichts aufgehoben, das ihn im vergangenen Jahr aus der Partei ausgeschlossen hatte. Stawitz erregte sich nach der Wahl, Gerg habe, um sicherzustellen, dass die Beschlüsse der Versammlung in seinem Sinne ausfallen, reichlich „Stimmvieh“ aus den eigenen Reihen herbeigeschafft. Die Bundesspitze der NPD nahm das dubiose Verfahren jetzt zum Anlass, den Landesvorstand und das ebenfalls neu gewählte Landesschiedsgericht zu suspendieren und den „organisatorischen Notstand“ über den schleswig-holsteinischen NPD-Verband zu beschließen. Als kommissarischen Vorsitzenden setzte sie den Bundesvize, Hans-Günter Eisenecker, ein. NPD-Chef Udo Voigt, der an dem Parteitag ebenso wie Neu-NPDler Horst Mahler teilnahm, sah vor Ort offenbar noch keine Notwendigkeit einzugreifen. Er soll das Wahlergebnis gelassen hingenommen haben.

Die abgesetzte Landesspitze um Gerg geht gegen das NPD-Präsidium auf die Barrikaden. Sie spricht ihm das Recht ab, den Vorstand zu suspendieren und den Kommissar Eisenecker einzusetzen. Beide Seiten werden sich vermutlich vor Gericht wieder sehen. Der größeren Erfolgsaussichten wegen dürfte die Gerg-Riege ein ordentliches Zivilgericht und nicht das Schiedsgericht der Partei anrufen. Damit ist der Machtkampf zwischen NPD und der Connection um Christian Worch offen ausgebrochen, der seit einiger Zeit schwelte (s. BNR 21/00).

Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ um die Neonazis Worch und Thomas „Steiner“ Wulff hatte nach der Wahl des Gerg-Trios an die Spitze des NPD-Landesverbandes triumphiert. Den abgewählten Vorsitzenden Stawitz bezeichnete es als „feigen, spalterischen Leisetreter“, der die „politische Zusammenarbeit zwischen Partei und radikalen Kräften des Nationalen Widerstandes im Norden behindert“ habe. Mit Jürgen Gerg und seinen Mitstreitern Björn Lemke und Peter Borchert, die zu Stellvertretern gewählt wurden, sei der Landesvorstand Schleswig-Holstein „nun fest in der Hand von Kameraden, die eine konstruktive Zusammenarbeit mit den revolutionären Kräften längst bewiesen haben und auch weiterhin gewährleisten werden“. Worch bejubelte die scheinbar erfolgreiche Installation dreier Gefolgsleute in führende NPD-Ämter. Er selbst verweigert jedoch weiterhin die Einbindung in Parteistrukturen und lehnte nach eigenen Angaben das Angebot Voigts ab, NPD-Vorsitzender in Hamburg zu werden. Ingo Stawitz warnte, der Aufstieg Gergs in der Partei spiele den Befürwortern eines NPD-Verbots in die Hände. Stawitz über Gerg: „Der Mann ist nicht nur eine Gefahr für das System, sondern auch für uns“.

Mit seiner Ablehnung des Neonazi-Vorstands steht der 50-Jährige in der norddeutschen NPD nicht allein. Streiterfahrener ist Stawitz aus früheren Auseinandersetzungen mit dem DVU-Chef. Ab 1992 war Stawitz Fraktionsvorsitzender der Frey-Partei im schleswig-holsteinischen Landtag. Nach heftigen Querelen trat er zur Deutschen Liga für Volk und Heimat über. Später wechselte er zur NPD.

Mit Gerg (25), Lemke (26) und Borchert (27) hätten junge Aktivisten und ausgewiesene Neonazis den Landesvorstand gestellt. So trat Jürgen Gerg als Anmelder mehrerer neonazistischer Demonstrationen auf, beispielsweise einer Rudolf-Heß-Veranstaltung in Lübeck im August. Borchert, der kürzlich von Kiel nach Neumünster zog, gilt als Kopf des nach wie vor geöffneten neonazistischen Treffs „Club 88“ in Neumünster-Gadeland, auch wenn die Konzession auf die Anti-Antifa-Aktivistin Christiane Dolscheid läuft. Mit Thomas Wulff trat Borchert als Kundgebungsredner auf. Seit Oktober 1994 ist er wegen schwerer Körperverletzung vorbestraft. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ jedenfalls wünscht sich mehr NPD-Funktionäre von diesem Schlage: „Und sollte sie deshalb irgendwann einmal verboten werden, dann hätte sich diese Partei am Ende wenigstens noch mit Ehre und Anstand verabschiedet.“

Thomas Pfeiffer

Hintergrund

Im Geiste verwandt

Burschenschaftler arbeiten Hand in Hand mit rechten Schlägern. Zu Gast sind im Verbindungshaus auch regelmäßig bekannte Neonazis.

Eine 1999 in Halle gegründete Burschenschaft bemüht sich offensichtlich, der Neonazi-Szene in Sachsen-Anhalt einen intellektuellen Überbau zu verschaffen. Dabei soll wohl gleich ein funktionierendes Netzwerk zwischen dem eher nationalistisch-intellektuellen Spektrum und eher dumpf-gewaltbereiten Skinheads sowie den größtenteils ebenso gewaltbereiten, vielfach aber schon ideologisch nachdrücklich beeinflussten Mitgliedern autonomer nationalistischer Kameradschaften errichtet werden. Die „Halle-Leobener Burschenschaft Germania“ ist im vergangenen Jahr aus der Fusion der „Halleschen Burschenschaft Franco-Germania“ sowie der „Alten Leobener Burschenschaft zu Clausthal“ entstanden. Und was sich die Burschenschaftler allein im ersten Jahr ihres Bestehens ins Verbindungshaus in der Wilhelm-Külz-Straße in Halle an Veranstaltungsteilnehmern und Referenten eingeladen haben, liest sich eigentlich wie ein „Who is who“ der Neonazi-Szene Sachsen-Anhalts und darüber hinaus.

Ganz offensichtlich bemühen sich die Mitglieder der HLB-Germania, der rechtsextremistischen Szene in Sachsen-Anhalt nicht nur intellektuelle Rechtfertigungsmuster zu liefern, sondern arbeiten zugleich auch zielgerichtet an der Vernetzung der rechtsextremistischen Szene zwischen der von einem Verbot bedrohten NPD und den weder mit Parteien- noch mit Vereinsgesetz beizukommenden autonomen Kameradschaften ohne fassbare Strukturen. Die rechtsextremistischen Kameradschaften, auf die sich insbesondere der militantere Flügel der NPD stützt, haben sich in ähnlichen Strukturen organisiert wie in den 70er und frühen 80er Jahren die linksgerichteten Autonomen.

„Seit der Gründung der HLB-Germania haben an den Veranstaltungen dort bis zu mehr als 30 Neonazis und einschlägig bekannte rechtsextreme Gewalttäter teilgenommen“, sagt ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus (AG Antifa) im Studentenrat der Martin-Luther-Universität. Schon bei der ersten Großveranstaltung nach der Fusion

im Februar 2000, einem Auftritt des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennie, sind Neonazis der „Weißen Bruderschaft Merseburg“, der „Kameradschaft Köthen“, der „Weißen Offensive Halle/Saale“ sowie der Gruppe „Weiß & Stolz Halle“ bei der HLB-Germania zu Gast gewesen. Darüber hinaus seien auch unorganisierte Neonazis aus Bernburg beobachtet worden.

An einer weiteren Veranstaltung im April dieses Jahres haben neben Sven Liebich, einem der führenden Köpfe der „Blood & Honour“-Bewegung in Sachsen-Anhalt und Herausgeber der Zeitschrift „Nationaler Beobachter“, auch der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Steffen Hupka aus Timmenrode bei Quedlinburg sowie Mirko Appelt teilgenommen. Letzterer ist der Chef der „Kameradschaft Klötze“ sowie der Organisation „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (Selbstbezeichnung: SS-SA). Diese neonazistische Gruppe fungiert regelmäßig bei Aufmärschen und Saalveranstaltungen der rechtsextremen Szene in Sachsen-Anhalt als Ordner- und Schutztruppe.

■ „Die rechte Art des Studentseins zeigen“ ■

HLB-Germania-Gast Liebich Liebich kann im Übrigen seinen Szene-Laden in der Lauchstädter Straße in Halle trotz der Durchsuchungen in Folge des „Blood&Honour“-Verbotes bis heute unbehelligt weiter betreiben. Was ihn durchaus bestärken dürfte. Denn gegen den ehemaligen Betreiber des „Ultima Tonträgervertriebes“, bei dem im Sommer 1998 bei Hausdurchsuchungen zahlreiche indizierte und nach den Paragraphen 86, 86a des Strafgesetzbuches (Verbreitung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) verbotene Tonträger beschlagnahmt worden waren, ist bis heute keine Anklage erhoben worden. Was umso schlimmer wiegt, als Liebich kurze Zeit nach der Durchsuchungsaktion in seinem damaligen Musikvertrieb an der Grenze zu den Niederlanden bei der Einreise in die Bundesrepublik erwischt worden ist. Erneut mit zahlreichen indizierten und verbotenen Tonträgern sowie anderen Szene-Utensilien im Auto.

Die HLB-Germania inseriert unterdessen regelmäßig in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“, wo sie um potenzielle Interessenten wirbt. Die Redaktion von „Nation&Europa“ tritt unter anderem erklärtermaßen für ein Zusammen-

gehen der rechtsextremen Parteien NPD, DVU und Republikaner ein. In der Annonce der Burschenschaft heißt es ganz unverbrämt: „Uni-Studium in Halle/Saale? Wir zeigen Dir die rechte Art des Studentseins!“

Offiziell distanzieren sich die HLB-Männer von rechtsextremen Parteien und Umtrieben. Auf ihrer Internet-Homepage gibt es nicht nur Links zu anderen Burschenschaften und zum Dachverband dieser Burschenschaften, sondern eben auch den Link zur Homepage von „Nation&Europa“. Auf der eigenen Homepage aber weist die HLB-Germania jede Verantwortung für die Inhalte der verlinkten Seiten vorsorglich von sich. Was aber wohl lediglich eine Schutzbehauptung ist. Nicht nur zu den anderen Burschenschaften, sondern auch zu „Nation&Europa“ scheint die Mehrheit der HLB-Germania-Mitglieder durchaus eine Geistes- und Seelenverwandtschaft zu fühlen, die letztlich sogar bis in die NPD hinein reicht.

Denn Dennis Witt, einer der führenden Köpfe bei der HLB, ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes. Und Andreas Klang, bei der HLB-Germania ebenfalls nicht ohne Bedeutung, zeichnet unter anderem auch als Pressesprecher der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ verantwortlich.

■ Gemeinsame Sache mit Jungen Nationaldemokraten ■

Schon vor der Fusion der beiden Burschenschaften zur HLB-Germania sind Aktivitäten der beiden Verbindungen am rechten Rand dokumentiert. So veranstaltete die „Franco-Germania“ bereits im Jahr 1997 eine Veranstaltung unter dem Titel „Sind wir Deutschen noch zu retten?“ - Referent seinerzeit: der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der Republikaner, Klaus Weinschenk. Für den Saalschutz sorgte damals der vom Verfassungsschutz als eindeutig nationalsozialistisch orientiert eingestufte „Freiheitliche Volksblock Halle/Saale“. Dass sich Weinschenk in seinem Vortrag mehrfach auf Zitate Alfred Meuchtersheimers und des verurteilten Rechtsterroristen Manfred Roeder bezog, ist bezeichnend für die weiteren Inhalte. Und die Franco-Germania hatte sehr genau gewusst, wen sie da eingeladen hatte. Denn nicht einmal der Satz, „ich bin ein Nazi“, in dem Weinschencs Vortrag damals gipfelte, sorgte auch nur für den Hauch einer Empörung unter den Zuhörern. Zudem war zuvor

bekannt, wer Weinschenk ist. Seine Vorträge bei der rechten Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“, im Studienzentrum Weikersheim, bei der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen und beim rechtsextremen „Bildungswerk Hoffmann von Fallersleben“ sind allgemein zugänglich dokumentiert oder zumindest bekanntgemacht worden. Im Mai 1996 trat er als Redner auch beim Bundeskongress der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) auf. Woran er selbst nichts Schlimmes erkennen konnte. „Es geht um die gemeinsame Sache“, hatte er da gesagt. „Die JN vertritt deutsche Interessen. Ich bin Deutscher.“

■ Netzwerk zwischen Intellektuellen und Gewaltbereiten ■

Auch die Franco-Germania kann sich übrigens nicht unbedingt auf historische Traditionen am Universitätsstandort Halle-Wittenberg berufen. Sie ist eine Fremd- beziehungsweise Neugründung der Burschenschaft Germania Halle zu Mainz. Und die wiederum hat seinerzeit mit einer Unterschriftensammlung für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aus dem Kriegsverbrecher-Gefängnis in Berlin-Spandau einschlägig negativ auf sich aufmerksam gemacht.

„Wir verstehen nicht, dass die HLB-Germania bislang ganz unbehelligt agieren konnte“, klagt ein AG-Antifa-Mitglied des Studentenrates. Im Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalts 1999 wird die Verbindung nicht ein einziges Mal erwähnt, und auch die beiden offensichtlich nicht minder gefährlichen Vorgänger-Verbindungen tauchen in keinem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz auf. Die Landesbehörden verweisen auf entsprechende Fragen des Wittenberger PDS-Abgeordneten Matthias Gärtner auf Geheimhaltung und Quellenschutz. Offenbar sind aber die Quellen der Behörden recht wenig ergiebig. Denn die wenigen Antworten, die Gärtner auf seine Kleine Anfrage zur HLB-Germania aus dem Innenministerium überhaupt erhielt, beziehen sich überwiegend auf das Internet sowie auf frei beziehbare Zeitungen und Zeitschriften der rechten Szene, neben „Nation&Europa“ wird als Quelle noch das rechtsextremistische Blatt „Das Herrenhaupt. Kampfschrift zur Schaffung neuer Wirklichkeit“ als Quelle benannt. Offenbar fällt es den Verfassungsschützern in Sachsen-Anhalt zunehmend schwer, die Szene unmittelbar unter Beobachtung und damit unter Kontrolle zu halten.

Eberhard Löblich

Aktivitäten

Exzellenter Freibrief

Der Neonazi-Treffpunkt „Club 88“ im schleswig-holsteinischen Neumünster bleibt geöffnet. Dies entschied jetzt das Oberverwaltungsgericht in Schleswig. Die Stadt Neumünster wollte der Konzessionsinhaberin Christiane Dolscheid mit sofortiger Wirkung die weitere Betreibung des gastronomischen Gewerbes untersagen. Eine Klage von Anfang September wurde jetzt in zweiter Instanz verworfen. Das Gericht sah keine Eilbedürftigkeit und den notwendigen Sofortvollzug für gegeben, da die Stadt dreieinhalb Jahre lang nicht gegen die Kneipe vorgegangen war. Im Internet wird die Entscheidung bereits als Erfolg gefeiert. Das Verfahren in der Hauptsache wird im nächsten Jahr Gegenstand der juristischen Prüfung sein.

Der „Club 88“ dehnt seinen braunen Verführung- und Werbefeldzug sogar schon auf kleine Kinder aus. Auf dem dem Lokal gegenüberliegenden Schulhof einer Grund- und Hauptschule wurden Zweitklässler angesprochen, bei Besuch des Club Gummibären zu bekommen. In einem weiteren Fall warb man mit „Pokemon“-Bildern als „Belohnung“. Auf dem Spielplatz des Schulhofs wurde im vergangenen Monat ein zwölfjähriger türkischer Schüler von einem 15-jährigen Mitschüler krankenhaushausreif geprügelt.

An einem Gymnasium der Stadt agitierte ein heranwachsender Schüler aus dem benachbarten Wasbek ebenfalls für den „Club 88“. Überhaupt gibt es rund um Neumünster in vielen kleinen Gemeinden Kameradschaften mit Anbindung an den „Club 88“. Diese Tatsache hat auch das Kultusministerium in Kiel auf den Plan gerufen. Der Staatssekretär Ralf Stegner will mit jungen Besuchern des Club diskutieren. Die „Macher“ dieses überregionalen Neonazi-Treffpunkts lachen sich darüber ins Fäustchen: Erst der vorläufige juristische Persilschein, dann die ministeriellen Kontakte...

Unterdessen beschäftigt ein weiterer Zwischenfall die Medien vor Ort. Ein deutsch-türkisches Paar, das in unmittelbarer Nachbarschaft zu Dolscheid und anderen Neonazis wohnt, wird seit geraumer Zeit bedroht. Zunächst war es eine zugeparkte Garage, dann folgten Brandspuren an der Hausfassade, 18 abgehackte Schweinsköpfe vor der Haustür, Schüsse auf ein Wohnungsfenster und nun ein Brandanschlag auf das Auto der Bedrohten. Die Polizei ermittelt gegen Unbekannt. *B. Ohne*

Aktivitäten

Nazi-Ufos als Mär

Rechtsextreme Literatur ist auf der Frankfurter Buchmesse offiziell verpönt. Vertreten waren aber mehrere Verlage mit einem breiten Angebot an braunen Schmökern esoterischen Inhalts.

Leni Riefenstahl (98), von NS-Größen gehätschelte Regisseurin und Chronistin von Olympia 1936 wie vom Nürnberger NS-Reichsparteitag, genoss sichtlich ihren großen Auftritt. Auf einer völlig überfüllten Pressekonferenz auf der Frankfurter Buchmesse stellte sie persönlich ihre Biografie „Leni Riefenstahl - Fünf Leben“ vor.

Riefenstahl habe sich „um die deutsche Nachkriegsdemokratie verdient gemacht“, konstatiert die ultrarechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in ihrer Ausgabe zur Messe, die den Besuchern förmlich in die Hand gedrückt wurde. Ausgelegt waren am Verlagsstand der „Jungen Freiheit“ auch Prospekte der eng mit ihr verbundenen neurechten Edition Antaios aus Bad Vilbel/Hessen. Deren Macher verehren den in München lebenden Autor Armin Mohler (Eigenbekenntnis: „Ich bin ein Faschist“). Mohler der über Jahrzehnte hinweg die europäische extreme Neue Rechte geprägt hat, orientiert sich am antidemokratischen Jungkonservatismus der Weimarer Republik. Edition Antaios wurde im Januar 2000 gegründet und eröffnete mit dem von Karlheinz Weißmann, Ellen Kositzka und Götz Kubitschek herausgegebenen Band „Lauter Dritte Wege“, einer kleinen Festgabe zu Mohlers achtzigstem Geburtstag, ihr Verlagsprogramm.

Direkt gegenüber der JF befand sich der Arun-Verlag aus Engerda in Thüringen, dessen Angebot sich unter anderem an esoterisch und neuheidnisch orientierte Rechtsextremisten richtet. Kopf des Verlages ist Stefan („Björn“) Ulbrich, einst JF-Redakteur und „Horstführer“ der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. Geworben wurde am Verlagsstand wieder für den Szene-Bestseller „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ eines Russell McCloud (Pseudonym). In dem zeitweilig vom Buchdienst der „Jungen Freiheit“ vertriebenen Werk wird Hitlers Asche zum „Samen für einen neuen Phönix“ verklärt. Packenweise lag am Arun-Stand auch der Katalog des Gaia-Versandes für Naturreligion, Schamanismus und Spirituelle Ökologie aus. Auf

35 Seiten werden Devotionalien und Bücher über Nordischen Schmuck, Sex & Aphrodisiaka, Räucherwerk, Drogen & Rausch, Kelten & Germanen, Hexen, Frauenkreise und Feng Shui angeboten. Neu im Sortiment ist die Reihe „Nordisc Design mit Aufklebermotiven wie „Odin auf Sleipnir“ oder „Irminsul“.

Mit Aufklebern wie „Gott ja - Kirche nein!“ und einer Zeitung namens „Der geistige Revolutionär Christus“ machten an einem Stand „junge Urchristen“ auf sich aufmerksam. Dahinter verbirgt sich die Sekte Universelles Leben. In deren Schriften wird über die „Weltherrschaft der Illuminaten“ und „Geheimpläne von Juden und Freimaurern zur Unterjochung der Welt“ schwadroniert.

Verschwörungstheoretisch ging es auch beim Michaels Verlag aus dem bayerischen Peiting zu. Der Verlag von Uli Heerd, Ex-Mitglied der antizionistischen KPD/ML, offerierte Standardwerke aus dem Bereich Esoterischer Hitlerismus, der Hitler als gottähnliches Wesen anbetet; zum Beispiel „Das Tagebuch des Admiral Byrd“, der 1947, statt über den Nordpol zu fliegen, im Inneren der Erde landete. Der Michaels Verlag hat auch die wegen Volksverhetzung verbotenen Bände „Geheimgesellschaften“ von Jan van Helsing (= Jan Udo Holey), des braunen Esoterik-Star-Autors, vertrieben.

Der im Visier des Verfassungsschutzes stehende Holey war persönlich mit seinem Ama Deus Verlag (Fichtenau/Baden-Württemberg), der über den Kölner Aldebaran-Versand ausliefert, vor Ort. Holey, ein fanatischer Antisemit und Propagandist von der „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung“, präsentierte unter anderem sein Buch „Die innere Welt“. Hauptstadt dort ist Neu-Berlin. Staatschef ist Adolf Hitler Junior, der das Amt von Hitler Senior übernahm. Hitler Senior starb 1974 in Spanien, nachdem er über Südamerika ins Erdinnere geflüchtet war. Die Kommunikation mit der Außenwelt wird mit UFOs aufrecht erhalten.

Der Mär von Nazi-UFOS, die in der rechtsextremen Szene verbreitet ist, hat sich auch die thüringische Mediengruppe König, die die Schriften „Anno Domini. Zeitschrift für mittelalterliche Kulturgeschichte & historisches Brauchtum“, „Magie & Mythos. Zeitschrift für Spiritualität, Naturreligion & Heilkunde“ und „Wissenschaft ohne Grenzen. Zeitschrift für ungelöste Rätsel und grenzwissenschaftliche Phänomene“ herausgibt, verschrieben. Rechtzeitig zur Buchmesse erschien das Buch „Ge-

heimwaffen des Dritten Reiches und deren Weiterentwicklung bis heute“ eines Michael Derrich.

Am Stand des Verlages „Die Silberschnur“ (Hornhausen) von „Trutz Hardo“ (= Tom Hockemeyer) konnten sich Messebesucher an Büchern mit Titeln wie „Meine Leben im anderen Geschlecht“ oder „Reinkarnation aktuell. Kinder beweisen ihre Wiedergeburt“ gut tun. Vergeblich hielt man dagegen nach dem Buch „Jedem das Seine“ von „Hardo“ Ausschau, das 1998 wegen Volksverhetzung beschlagnahmt wurde. Hardo vertritt darin die Auffassung, dass „Auschwitz das vorbestimmte Schicksal der Juden“ war, „gerechte Sühne für begangene Untaten in früheren Leben“.

Wegen antisemitischer Titel wurde in Frankfurt ein Verlag aus dem polnischen Wroclaw vom Gemeinschaftsstand Polens auf der Buchmesse ausgeschlossen. Er gehörte zu den 140 polnischen Verlagen, die Polen als diesjähriges Gastland der Messe vorstellten. Die Organisatoren der polnischen Messepräsenz zeigten sich überrascht, als die nicht angekündigten Buchtitel auf dem Messestand lagen. Sie sollen auch verkauft worden sein.

Die diesjährige Frankfurter Buchmesse bestätigt den Trend der letzten Jahre, dass offene NS-Literatur und Auschwitzleugnung auf der weltweit größten Buchmesse verpönt sind. Der offizielle Bann rechtsextremer Literatur wird dagegen von einer Hand voll Verlage mit brauner Esoterik unterlaufen. Politisch sind diese gefährlicher als die NS-Traditionalisten, die mit den immerselben Themen den braunen Mief auf ihrem politischen Abstellgleis versprühen. A. Maegerle/F. P. Heller

Hinweis

Berlin/Trier - Die Wochenzeitung „Das Parlament“ hat im September eine Schwerpunktausgabe über Rechtsextremismus herausgebracht. Die Themenpalette beinhaltet aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und seiner Akteure, die Suche nach den Ursachen, den Stand der Forschung, die Möglichkeiten der Politik und demokratischer Gegenwehr. Zum überwiegenden Teil besteht die Autorenschaft aus namhaften Rechtsextremismus-Experten. Exemplare der in hoher Auflage erschienenen Ausgabe „Das Parlament“ (Nr. 39) einschließlich der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte können kostenlos angefordert werden:

Paulinus-Druckerei, Fleischstraße 62-65, 54190 Trier, Telefax-Nr. 0651/9799-153

Seitenblick**Verfehlte Würdigung****Ehemaliger NPD-Abgeordneter soll Bundesverdienstkreuz erhalten.**

Ob Heinz Eckhoff wirklich am 13. November das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen haben wird, ist eigentlich egal. Bemerkenswerter und erschreckender sind die Stimmen derjenigen, die sich für ihn in die Bresche werfen.

Heinz Eckhoff soll mit dem Orden geehrt werden für mehr als drei Jahrzehnte kommunalpolitischer Arbeit. Das ist eine Routineveranstaltung und selbst der Lokalzeitung meist nicht mehr als ein Foto mit Bildunterschrift wert. Jetzt wird plötzlich über die Verleihung diskutiert. Denn Eckhoff, unter anderem ehemals Bürgermeister von Apenzen (Landkreis Stade bei Hamburg) und im Aufsichtsrat einer Provinzbank, zog 1968 in den Kreistag ein und hat dort seither einen Sitz. Das Mandat errungen hatte er für die NPD. Nach zwei Jahren wechselte er zur CDU, die ihn dankbar aufnahm.

Ganz nebenbei ruchbar wurde, dass Eckhoff auch einmal den schwarzen Schergen der SS angehört hatte. Nicht nur unterschlug der Landrat bei den biografischen Angaben zu seiner Vorschlagsliste für das Verdienstkreuz die NPD-Mitgliedschaft Eckhoffs. Die Bezirksregierung in Lüneburg vergaß auch, wie für Verleihungen vorgeschrieben, die SSO-Personalakten im Berliner Bundesarchiv zu überprüfen.

Nun ist die Sache raus. Heinz Eckhoff selbst schweigt. Er erklärt nicht, wie sein Partei- und Gesinnungswandel vonstatten ging. Er gibt kein Lehrstück darüber, wie aus verbohrten Nazis gute Demokraten werden. Leider hat Heinz Eckhoff diese größte Chance seiner politischen Laufbahn, etwas wirklich überragend Gutes zu tun, verpasst. So hat er sich bestenfalls um die Kanalisation von Apenzen verdient gemacht. Eckhoff lässt andere für sich reden, und die tun in allen Varianten der Schamlosigkeit bis hin zum Schaum vor dem Mund.

„Die Verleihung ist rechtskräftig“, redet sich die Sprecherin des Bundespräsidialamtes heraus. Eckhoffs Weggefährten von der Apenenser CDU steigern sich allmählich. Zuerst noch Abwiegeln: „Es ist viel Zeit ins Land gezogen“, sagt die CDU-Vorsitzende. Als würde nicht eben gerade eine Debatte über

ein Verbot der NPD geführt. In welcher Zeit lebt die CDU-Vorsitzende von Apenzen? Dann aber wird sie wütend. Nennt Eckhoff einen „Frontkämpfer“ und empört sich, „das ein Mensch so demontiert wird“. Ein Kamerad von ihm erfindet Entschuldigungen. Erst 18 Jahre alt sei Eckhoff gewesen, als er der SS beitrug: „Die 18-Jährigen sind damals in diese Gruppierung gezwungen worden.“ Jugendlichen Leichtsinn kann Eckhoff freilich nicht mehr geltend machen, als er mit 45 Jahren für die NPD in den Kreistag einzog.

Abwegig war das damals auf dem platten Lande keineswegs. Die NPD hatte hier immer eine Hochburg, bis heute: Stärkster Kreisverband in Niedersachsen. Ein Abgeordneter im Kreistag. In Apenzens Nachbarstadt Buxtehude lokalisiert der niedersächsische Verfassungsschutz einen Schwerpunkt der Umtriebe der NPD-Jugendorganisation. Erst im Mai standen vier junge NPD-Mitglieder wegen eines Überfalls auf eine Asylbewerberunterkunft im Landkreis vor Gericht (vgl. BNR 13/2000). Ein stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Niedersachsen wohnt in Buxtehude. Im Kreis Stade hat die NPD einen engen Schulterchluss vollzogen zwischen alten Herren des Eckhoffschen Jahrgangs und jugendlichen Skinheads.

Ein Sprecher der Landesregierung versucht, sich vor einer gescheiterten Antwort zu drücken und bedient das untaugliche Argument vom jugendlichen Irrtum Heinz Eckhoffs: „Wir sollten keinem Menschen ein Leben lang seine Jugendsünden vorhalten, wenn wir wirklich erreichen wollen, dass Rechtsradikale aussteigen.“ Wenn denn Heinz Eckhoff diese Vorbildfunktion erfüllen doch würde! Doch der schweigt, verstockt, beleidigt.

Er sollte die Annahme des Ehrenzeichens ablehnen, rät ihm eine SPD-Landtagsabgeordnete. Es ist nicht damit zu rechnen, dass Eckhoff diese Größe hat. Und niemand von der CDU, der Landrat nicht und nicht die Bezirksregierung, ebenso wenig wie Landesregierung und Bundespräsidialamt geben einen Anstoß in diese Richtung. Oder hofft man, es im Stillen erledigen zu können? Nur eine Routineveranstaltung mit lästigem Pressegeacker.

Eine bundesweite NPD-Verbotsdebatte, schön und gut, aber bloß nicht ans Eingemachte vor der Haustür rühren. An die Geschichte von Leuten wie Heinz Eckhoff, den ehrenvollen Bürger. An seine Saat, die in seiner Gegend immer gut noch gut aufgeht.

Uwe Ruprecht

Ausland**In die Debatte zurück**

Die extreme Rechte in Frankreich verfolgt unterschiedliche Strategien. Die Le Pen-Partei versucht sich im Populismus, Rivale Mégret setzt voll auf Rassismus.

Eine politische Ära geht zu Ende. Jean-Marie Le Pen, Chef des rechtsextremen Front National (FN) und zwischen 1984 und 1998 eine der zentralen Figuren der französischen innenpolitischen Bühne, hat kein einziges parlamentarisches Mandat mehr inne. Damit ist er nunmehr von den offiziellen politischen Spielplänen abwesend - und die Zeiten scheinen vorbei, da er selbst aus einer außerparlamentarischen Position heraus dennoch die innenpolitische Debatte entscheidend zu prägen vermochte. Die beiden rechtsextremen Parteien FN und MNR versuchen unterdessen auf unterschiedliche Art und Weise, einen Platz in dieser zurückzugewinnen.

Am 23. Oktober 2000 wurde Le Pen auf Grundlage der strafrechtlichen Verurteilung, welche die französische Justiz elf Monate zuvor in letzter Instanz gegen ihn ausgesprochen hatte, vom Europäischen Parlament ausgeschlossen. Am 23. November 1999 hatte das französische Oberste Gericht ein Urteil des Berufungsgerichts von Versailles von Ende 1998 bestätigt, das Le Pen zu einem Jahr Haft auf Bewährung und 5.000 Francs Geldstrafe sowie einem Jahr Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte (und damit des passiven Wahlrechts) verurteilte. Verurteilt worden war Le Pen für die körperliche Aggression gegen eine Kandidatin der Sozialisten zwei Tage vor der französischen Parlamentswahl 1997.

Die Schritte Le Pens und seiner Partei, um sich gegen den Mandatsentzug zu wehren, entbehren im Grunde nicht der Komik. Am 20. Oktober reichte der FN-Chef ein Gesuch um Begnadigung bei Staatspräsident Jacques Chirac ein, der das Ansinnen umgehend zurückwies. Drei Tage später reichte er dann auch noch Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg ein, als Bürger eines europäischen Staates, dessen Grundrechte durch die Rechtsprechung und politischen Autoritäten seines Landes missachtet worden seien. Dieser Schritt müsste ja eigentlich in scharfem Widerspruch zur bisherigen Politik Le Pens stehen,

da dieser im Grundsatz jeden Vorrang supranationalen Rechts vor nationalem Gesetz und Jurisprudenz bekämpft hatte. Doch auf einen solch kleinen Widerspruch kam es nunmehr auch nicht mehr an. Der Menschenrechts-Gerichtshof lehnte seine Klage jedoch noch am selben Tag ab. Von kaum mehr Erfolg gekrönt war eine Solidaritäts-Petition an die Europaparlamentarier, in der die fünf FN-Abgeordneten ihre Kollegen aufforderten, „sich mit einem der Ihren zu solidarisieren, und sei er ein politischer Gegner“.

Eigentlich hätte die aktuelle politische Situation für Jean-Marie Le Pen eine glänzende Ausgangslage liefern können, um mit seiner Agitation Wirkung zu erzielen. Fiel doch die Episode seiner Entfernung von seinem letzten parlamentarischen Mandat zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, an dem Frankreichs politische Klasse heftig von den jüngsten Finanzskandalen erschüttert wird.

Der Front National versäumte natürlich nicht, diese Gelegenheit für sich aufzugreifen, hatten doch ähnliche „Enthüllungen“ ihm in der Vergangenheit als hochwillkommener Treibstoff für einige seiner populistischen Kampagnen gedient. In den frühen 90er Jahren hatte er sich so die Slogans „Tous pourris“ (Alle verkommen) und „Tâte haute, mains propres“ (Wir tragen den Kopf hoch und haben saubere Hände) auf seine Fahnen geschrieben. Jetzt in der aktuellen Situation war die extreme Rechte kaum in der Lage, eine glaubwürdige Saubermann-Kampagne hinzulegen. Gar zu viel hatte man während der Spaltung der extremen Rechten, zum Jahreswechsel 1998/99, von der innerparteilichen diktatorischen Herrschaft des Le Pen'schen Familienclangs und dessen Selbstbereicherung geredet. Zum Glück, meint die Wochenzeitschrift „Marianne“, die andernfalls den FN „als erste politische Kraft auf der Rechten“ sähe. An Versuchen der Lepenisten, auf den Zug aufzuspringen, hat es jüngst freilich nicht gemangelt.

Schon am Wochenende des 1./2. Oktober, eine Woche nach der Publikation der Informationen über die Méry-Kassette, vermeldete „Le Monde“, der FN habe fünf Millionen Plakate drucken lassen, um die Korruption der politischen Klasse anzuprangern. Auf diesen sei unter anderem zu lesen: „Alle verkommen, und zusätzlich halten sie Euch noch für dumm. Tretet dem FN bei.“ Es hat allerdings den Anschein, dass die Plakatierung wenig flächendeckend ausfiel und sich vor allem auf die Ringautobahn rund um Paris beschränkte, was freilich

in Hinblick auf die Autofahrer den effektivsten Ort darstellt und daher nicht zu unterschätzen ist. Doch in den Umfragen haben weiterhin, nach ihren Meinungen zu den politischen Parteien befragt, nur sieben Prozent der Befragten eine positive Meinung über den FN.

Natürlich hat man seitens der Lepenisten auch versucht, den Anti-Korruptions-Diskurs und die Mobilisierung zugunsten ihres „bedrohten“ Chefs miteinander zu verbinden. So demonstrierten am 11. Oktober zwischen 50 und 100 FN-Anhänger vor dem Amtssitz der damaligen Justiz- und jetzigen Sozialministerin Elisabeth Guigou, um sowohl „das mafiose System und die Korruption“ anzuprangern als auch das Gnadengesuch Le Pens beim Staatspräsidenten zu unterstützen. Le Pen soll als Held, der gewissermaßen „allein gegen die Mafia“ kämpft und deswegen geknebelt wird, dargestellt werden. In der momentanen Situation scheint diese Strategie - die lange Jahre erfolgreich aufging - allerdings kaum Früchte zu tragen.

■ Der neue Charles Martell ■

Gänzlich anders agiert der MNR (Mouvement National Republicain) unter Führung von Bruno Mégret. Seit der Europaparlaments-Wahl 1999 jeder Vertretung in einem Parlament beraubt, abgesehen natürlich von Überläufern aus FN-Fraktionen, ähnelt der MNR heute eher einer Splitterpartei denn einer Massenbewegung. Und seit einigen Monaten legt er eine spürbare Radikalisierung seines Diskurses, vor allem zum Thema der Immigration - um die herum er einen Großteil seiner Propaganda konzentriert - an den Tag. Sucht Le Pen sich (ohne größeren Erfolg) nach alter Methode als eine Art letzter Zuflucht aller Unzufriedenen anzubieten, so setzt der MNR hingegen auf ein klares Bekenntnis zum Rechtsextremismus und eine Verschärfung der Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen, die er gerne als „ethnische“ definiert.

Der MNR hat eine neue Modellfigur für sich entdeckt, nämlich Charles Martell. Martell vertrieb im 8. Jahrhundert die Araber aus Frankreich. Der Islam hatte damals Südfrankreich erobert, wurde jedoch von Martell in den Schlachten von Tours und Poitiers gestoppt. In den Vordergrund gestellt hat der MNR diesen Bezug anlässlich der Vorstellung seines Programms für die nächsten Kommunalwahlen am 30. September. Vor rund 300 Mitgliedern und Kadern des MNR fand diese Zeremonie

an einem symbolischen Ort statt: auf einer Wiese des Dorfes Moussais-la-Bataille, unweit von Poitiers, just jenem Ort, an dem Charles Martell im Jahre 732 den Vormarsch der „Sarazenen“, also die Araber, gestoppt hat. Ein Parteigänger kündigte Bruno Mégret am Rednerpult unumwunden als den „Charles Martell des dritten Jahrtausends“ an.

Auch sonst gab man sich wenig Mühe um Nuancierung und Zurückhaltung bei der Präsentation des neuen Anti-Einwanderer-Diskurses. Bemerkenswert ist vor allem, wie offen nunmehr die „Rasse“ - in Form der Hautfarbe - zum entscheidenden politischen Kriterium erhoben wurde, nachdem man sich in der Vergangenheit noch um eine vermeintlich davon abstrahierende Darstellung der Immigration als eines „objektiven volkswirtschaftlichen Problems“ bemüht hatte. Für Mégret, so formulierte er in seiner Abschlussrede, geht es nunmehr explizit um „die Verteidigung der Weißen, der abendländischen Völker“ gegen den Rest der Menschheit. Die Weißen als politische Zielgruppe des MNR, das sind die europäischstämmigen Bewohner Europas, das sind aber auch die weißen Farmer in Zimbabwe. Mit diesen hatte sich der MNR bereits Anfang des Jahres solidarisiert unter dem Slogan „Solidarität mit Süd-Rhodesien“ (so lautete der alte britische Kolonialname des Landes vor 1979). Damit ist man schon sehr nahe bei den Thesen der extremistischen Kreise vom global auszutragenden „Rassenkrieg“.

Beim Kommunalwahl-Programm des MNR fällt vor allem auf, dass die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen nunmehr von einer radikal thatcheristischen Konzeption geprägt sind. Der sozialdemagogische Populismus ist zwar noch vorhanden (wobei die sozialen Versprechungen wie immer durch Vertreiben der Immigrantenvölkerung finanziert und realisiert werden sollen). Er weicht aber da und dort konkreten Vorschlägen, die wirtschaftsliberal inspiriert sind. So soll die Sozialversicherung privatisiert und das Rentensystem teilweise durch eine private Altersvorsorge ersetzt werden. Daneben finden sich die üblichen Tiraden über die Abschiebung der „illegalen“ Ausländer und der straffällig gewordenen Personen ausländischer Herkunft - selbst wenn sie die französische Staatsbürgerschaft haben, die Todesstrafe undsoweiter. Auch an konkrete Schikanen ist gedacht, wie die Forderung nach Abschaffung der schweinefleischfreien Mahlzeiten in den Schulkantinen, die nicht nur für muslimische, sondern auch für jüdische Kinder angeboten werden. *Bernhard Schmid*

Demokratische Initiativen**Satire als Werkzeug****Der Grafiker Klaus Staeck zieht Bilanz**

Die erfolgreichsten Kompositionen sind Lieder, die man auf allen Straßen trällert, ohne zu wissen, wer sie geschrieben hat - Volkslieder im wahren Sinne des Wortes. So gesehen hat Klaus Staeck Volksplakate gemacht. Wer erinnert sich nicht, oft ohne den Namen Staeck zu kennen, an den Kopf der Mutter Dürers mit der Frage „Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?“, an das feiste Hinterteil mit dem Titel „Konturen eines Amtsarschs“. Die Reihe der Beispiele ließe sich verlängern - da sind die Rüstungsbosse mit den Raketen und dem Bekenntnis „Alle reden vom Frieden, wir nicht“, oder das schmucke Haus unter tiefblauem Himmel mit der satirischen Warnung: „Deutsche Arbeiter! Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen.“ Tausende Plakate, Postkarten, Flugblätter und Aufkleber sind entstanden und allein in über 3 000 Ausstellungen gezeigt worden. Sie haben bei aller Vielfalt zwei Gemeinsamkeiten: Inhaltlich sind sie bissig-kritische Auseinandersetzungen mit „Defekten“ der demokratischen Gesellschaft von Rechtsextremismus bis Umweltzerstörung, von Spießer- bis Kriechertum, gestalterisch an John Heartfield anknüpfende, aber durchaus neue Wege auslotende Demonstrationen des Mediums Montage als ästhetisches Modell der Auseinandersetzung.

Nun hat der 1938 im sächsischen Pulsnitz geborene, in Bitterfeld aufgewachsene, 1956 in den Westen Gegangene und in Heidelberg Gelandete eine Zwischenbilanz „in Sachen Kunst und Politik“ gezogen. Der Anlass ist ein Jubiläum: Vor 30 Jahren hat er sein erstes Plakat entworfen. Es mag ein Zufall sein, ist aber symbolisch, dass es sich gegen die NPD richtete. „Alle hofften damals“, schreibt er, „dass der nationalistische Spuk bald vorübergehen möge, was sich als Irrtum erwies.“ So zieht sich die künstlerische Abrechnung mit Rechts bis heute wie ein roter Faden durch sein Werk. 1972 enthüllt er in einer Gegenüberstellung, dass die neuen Plakate der NPD vom „ewig am Horizont lauenden Russen“ denen der CDU von 1953 gleichen wie ein Ei dem anderen. Nach Meinung der CDU Baden-Württemberg ein „politisches Gaunerstück“ des Künstlers. 1987, als das Ehepaar Ludwig plante, im neuen Kölner Museum von Hitlers Lieblingsbildhauer Arno Breker geschaffene Büsten

aufzustellen, initiierte Staeck erfolgreich eine Aktion „Keine Nazikunst in unseren Museen“.

Die Themen Staecks, der in Leben und Schaffen wie kein anderer bildender Künstler der gesamtdeutschen Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte den west-östlichen Puls gefühlt hat, sind, obwohl bei der Entstehung „mit einer eher kurzen Halbwertszeit veranschlagt“, aktuell geblieben. Als er das Kapitel Kohl 1999 endgültig zu den Akten legen wollte, musste er die Kohl-Motive bald „aus gegebenem Anlass“ wieder ins Programm aufnehmen: den 97er Lügenbaron mit der Kanonenkugel mit dem Text „Kanzler Kohl, blühende Landschaften überfliegend“ zusammen mit der Neuschöpfung „Wenn's um Schwarzgeld geht CDU“.

„Ohne Auftrag“ hat Staeck seinen Rückblick genannt, dem als Autobiografie ein wenig mehr über den Privatmann Staeck - wenn es ihn denn geben sollte - gut täte. Umso mehr erfährt man über sein Umfeld, darüber, was die Zusammenarbeit mit Joseph Beuys, Heinrich Böll, Günter Wallraff für ihn bedeutete, wie er sich an die Seite von Willy Brandt und Egon Bahr stellte, als es um die Ostverträge ging, wie er bei seinen ideenreichen Aktionen für mehr Demokratie mit SPD-Politikern von Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine bis Wolfgang Thierse zusammenarbeitete. Wie erbittert die Kämpfe waren, die den Weg des unangepassten Wahrheitsfanatikers begleiteten. Mehr als 40 Gerichtsverfahren stand er durch. Da machte es sich gut, dass er Jura studiert hat und Rechtsanwalt ist. Die Kritisierten setzten sich zur Wehr. Ob Umweltverschmutzer, Rüstungsbosse, kirchliche Heuchler, genarrte CDU-Funktionäre, „Bild“, Opportunisten in den eigenen Reihen. Er ließ sich nicht beirren. Der Klaus und ich sind Steinewälzer geblieben, bescheinigt ihm Günter Grass, „Unser einziger Heiliger ... heißt Sisyphus - sonst glauben wir an nichts.“

Bei der Darstellung schöpft Staeck die ganze Bandbreite von der Anekdote bis zur Analyse der Machtmechanismen aus. Ein Sonderlob verdienen Gestaltung, Druck- und Farbqualität des Buches. Im auffälligen Quartformat erscheint es als Luxusalbum des „Gesamtkunstwerks Staeck“. Die signalrote Farbe von Schutzumschlag und Leineneinband ist wohl nicht zufällig gewählt. Staeck-Fans werden sich freuen, dass auch 50 der einprägsamsten Plakatismotive dazugehören. *Ralf Bachmann*

Staeck, Klaus: Ohne Auftrag. Unterwegs in Sachen Kunst und Politik. Steidl Verlag Göttingen, September 2000, ISBN 3-88243-739-1, 224 Seiten, 49,80 Mark

Demokratische Initiativen

DGB zeigt Flagge

Rechtsextreme besetzen zunehmend soziale Themen. Hier sind besonders die Gewerkschaften gefordert.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat schon immer in Sachen Rechtsextremismus die Zeichen der Zeit erkannt. Bereits in den 80-er Jahren übernahm der DGB die französische Kampagne „SOS-Racisme“ in Form von „Mach' meinen Kumpel nicht an“. Auch im zehnten Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung lässt der DGB nicht locker. Während andere - teilweise in Fensterreden - Zivilcourage einfordern, zieht der DGB praktische Handlungsfelder vor. Besonders in der Bildungsarbeit haben sich der Dachverband und Einzelgewerkschaften daraus Fachkompetenz erarbeitet.

Seit Jahresbeginn 1999 hat der DGB eine Kommission Rechtsextremismus auf die Beine gestellt. Wachgerüttelt wurde man dabei auch durch Studien, die festgestellt hatten, dass braunes Gedankengut in der Mitgliedschaft vorhanden ist und sich zum Beispiel auch bei in Betrieben gewählten Jugendvertretern wiederfindet. Der DGB schreibt in seinem Kommissionspapier dazu: „Gewerkschaftlich organisierte Auszubildende tendieren deutlich stärker zu nationalistischen und rassistischen Positionen als nicht organisierte Jugendliche.“ (Schlussbericht Kommission, S. 18)

Auch die Arbeitgeberseite artikuliert sich verstärkt gegen den rechtsgerichteten Ungeist. Dabei zieht man an vielen Orten gemeinsam mit dem DGB oder zum Beispiel mit der IG Metall an einem Strang, bei tariflichen Fragen eigentlich undenkbar! Vereinbart wurde in vielen Fällen, gemeinsam in den Betrieben vorstellig zu werden. In einer Erklärung von der IG Metall Küste und „Nordmetall“ heißt es dazu unter anderem: „Wir wollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, derartige Gesinnungstäter aus den Betriebsgemeinschaften zu entfernen. Wir wollen aber auch alles versuchen, jugendlichen Mitläufern, die den falschen Weg eingeschlagen haben und sich ernsthaft um einen Ausstieg aus der neofaschistischen Szene bemühen, eine gesellschaftliche Basis zu ermöglichen. IG Metall Küste und Nordmetall fordern ihre Mitglieder auf, in den Betrieben geeignete Schritte zur Verhütung von Diskriminierung und Fremdenfeind-

lichkeit und zur Förderung von Chancengleichheit und gegenseitigem Respekt zu vereinbaren.“

Unstrittig ist, dass Rechtsextreme Themen wie Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Vermögensverteilung undsoweiter vereinnahmen. Die NPD trägt beispielsweise thematisch sichtbar diese Parolen auf die Straße, andernorts mischen sich Neonazis in Erwerbsloseninitiativen.

Neben einer konsequenten aufklärerischen Öffentlichkeitsarbeit kommt dem Ort Berufsschule eine besondere Bedeutung zu. Dort gilt es, die Werte von Demokratie und Toleranz als oberste Gebote zu zementieren. Häufig sind Berufsschulen auch Orte, wo man Defizite im bisherigen schulischen Werdegang eines Jugendlichen entdeckt und dann gefordert ist, in dieser Richtung aktiv zu werden. Schon 1997 hat der DGB das Projekt „Interkulturelles Lernen in der beruflichen Ausbildung“ initiiert. In Sachsen hat der DGB sich mit verschiedenen Jugendverbänden zusammengetan und die Kampagne „für Demokratie Courage zeigen“ angeschoben. Mit Planspielen im Unterricht werden die Rollen „Macht“, „Diskriminierung“, „Ausgrenzung“, „Verfolgung“, Angst“ etc. personifiziert (DGB-Jugend, Schützenplatz 14, 01767 Dresden). In Mecklenburg-Vorpommern hat der DGB ein Unterrichtskonzept „Demokratie macht Schule“ entworfen. Einen großen Teil der Bildungsarbeit dabei macht ein Exkurs in Globalisierung und Weltwirtschaft aus. Unsere Wirtschaft funktioniert heutzutage nur noch multinational - folglich muss das alltägliche „Miteinander“ genauso Schritt halten mit dieser Tatsache! (DGB-Nord, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg).

Das DGB-Bildungswerk Thüringen (Rudolfstraße 47, Geb. E 2, 99092 Erfurt) hat ebenfalls seit einigen Jahren „Bausteine für eine nicht-rassistische Bildungsarbeit“ im Einsatz. Über 340 Seiten Handlungsideen sind darin aufgezeigt, bei Jugendlichen eine persönliche Betroffenheit zu erzeugen.

Der DGB verleiht übrigens seit 1991 einen Preis für Zivilcourage. Es ist das „Band für Mut und Verständigung“. Preisträger in diesem Jahr wurden neun Steinmetzfirmer, die im Oktober 1999 die Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee nach einem Anschlag kostenlos repariert hatten. Ausgezeichnet wurde ferner ein Aktivist aus der Flüchtlingsarbeit in Eisenhüttenstadt sowie ein Ehepaar aus Potsdam, das einen Asylbewerber in der Straßenbahn vor einer handgreiflichen rassistischen Attacke in Schutz nahm. *Horst Freires*

Demokratische Initiativen**„Die Juden und wir“****Von den Ergebnissen einer polnisch-deutschen Projektwoche**

Eine Woche lang haben sie in Kreisau gemeinsam gearbeitet - etwa 60 Schülerinnen und Schüler aus Polen und der Bundesrepublik. Kreisau nicht weit vom früheren Breslau ist ein historischer Ort. Dort hat eine Gruppe deutscher Oppositioneller den Sturz Hitlers vorbereitet. Die meisten von ihnen wurden nach dem gescheiterten Anschlag vom 20. Juli 1944 umgebracht. Nach der demokratischen Wende im November 1989 verabredeten Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki, die Anlage zu einer polnisch-deutschen Begegnungsstätte auszubauen. Seit zwei Jahren treffen sich nun dort Deutsche und Polen - so auch jetzt die erwähnten etwa 60 jungen Leute mit ihren Lehrerinnen und Lehrern. Sie kamen aus verschiedenen Bundesländern und Woiwodschaften, um eine Ausstellung zum Thema „Die Juden und wir“ abzuschließen und zu eröffnen. Vorher hatten sie zu Hause fotografiert, Spuren, Dokumente, Akten gesucht, die nun bis Mitte November in Kreisau gezeigt werden.

Die Idee zu dem Projekt kam von Dieter Bach, dem Leiter der Evangelischen Akademie Görlitz. Im Frühjahr hatten er und Witek Lesniak von der Leitung der deutsch-polnischen Begegnungsstätte Kreisau Pädagogen aus beiden Staaten eingeladen, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern das Programm vorzubereiten. Abschließen sollten es die jungen Leute vor Ort, also in Kreisau. So kam es dann auch. Von Reisen nach Wrocław (früher Breslau) und in die Gedenkstätte des früheren KZ Groß Rosen abgesehen, bastelten, klebten, modellierten, beschrifteten und montierten die Lehrer und Schüler oft bis spät in die Nacht, um pünktlich fertig zu sein. Was dann am 6. Oktober auf Tafeln und in Modellen der Öffentlichkeit präsentiert wurde, braucht keinen Vergleich mit professionellen Ausstellungen zu scheuen. Beispiele für jüdisches Gemeindeleben, Architektur, Wissenschaftler und Forscher, Friedhöfe und Lebensbilder aus beiden Staaten - alles zweisprachig getitelt - sind bis Anfang November in Kreisau zu besichtigen. Danach gehen die Exponate in die Görlitzer Synagoge, wo sie zum Jahrestag der Reichspogromnacht gezeigt werden.

Als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am letzten Tag der Begegnung nach ihrer Meinung zu der gemeinsamen Arbeit gefragt wurden, sprachen sich die meisten dafür aus, dergleichen zu wiederholen. Es wurde nämlich nicht nur gefeiert. So hatten die jungen Leute einen polnischen und einen deutschen Abend vorbereitet und sind sich überhaupt näher gekommen - während jener Tage, als in Düsseldorf und Berlin-Kreuzberg Synagogen geschändet wurden. *Heiner Lichtenstein*

Hinweis

Berlin - Unter dem Motto „Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz“ findet am 9. November in Berlin eine Demonstration statt. Gerechnet wird mit 30 000 Teilnehmern. Den Aufruf zu der überparteilichen Veranstaltung unterzeichneten zahlreiche prominente Politiker: Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Ministerinnen und Minister Herta und Paul Richter, Heidi Wuehler, Otto Schily, Joschka Fischer, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender, Staatssekretärin Cornelia Schetter-Wolfgang (SPD), die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, CDU-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz, der Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen, Grünen-Sprecherin Renate Künast, FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhardt, seitens der PDS Gabriele Zimmer, Petra Pau und Gregor Gysi sowie viele andere. Repräsentanten des öffentlichen Lebens wie Olaf Henkel, Dieter Hundt, Otto Graf Lambsdorff, Hans-Jochen Vogel, Friedrich Schorlemmer, Marius Müller-Westernhagen haben neben anderen unterschrieben, wie auch viele Journalistinnen und Journalisten, darunter Gabi Bauer, Maybritt Illner, Lea Rosh. Die Veranstaltung an dem geschichtsträchtigen Datum beginnt um 16.30 Uhr an der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße, um 17.00 Uhr folgt der Demonstrationzug zum Brandenburger Tor. Auf dem Pariser Platz findet um 18.00 Uhr dann die Kundgebung statt, wobei Bundespräsident Johannes Rau und Paul Spiegel sprechen werden.

<http://www.wir-stehen-auf-fuer-menschlichkeit-und-toleranz.de>

Berlin - Das August-Bebel-Institut veranstaltet am 14. November von 10.00 bis 17.30 Uhr im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin eine Fachtagung „Politische Bildung gegen Rechtsextremismus“.

Informationen: August Bebel-Institut, Tel. 030/4682-1222, Fax -/4692-124, e-mail: abi@snafu.de

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 10/2000: Sauber ausgerichtet an den eigenen Zielen, die bekanntlich nicht immer demokratische Mustervorstellungen sind, präsentiert sich „Nation&Europa“ als Verteidigerin der Demokratie. Die Debatte um das NPD-Verbot scheint auch hier zu wirken, der Wolf frisst Kreide und bekommt ein korrektes Mäntelchen. Nicht der „sogenannte ‘Rechtsextremismus’“, sondern die aus sinkender Wahlbeteiligung abzuleitende „Legitimationskrise“ unserer (sic!) Demokratie sei das Problem. Dagegen sollen Volksbefragungen helfen, die Kompetenz der Politiker wird in Bausch und Bogen bestritten. Es sei auch nicht der Rechtsextremismus, der den deutschen Ruf schädigt, sondern dies täten Parteiskandale wie die CDU-Spendenaffäre. Franz Schönhuber will den „jetzigen Machthabern“ durch massive Wahlenthaltung (die von Harald Neubauer im Leitkommentar noch beklagt wurde) die Legitimation nehmen, im Namen des Volkes zu sprechen, er fordert „Schluss mit der Wahlkampfkostenersatzung“. NPD, Republikaner und DVU werden sicher dankbar sein, ihnen droht Schönhuber im Übrigen eine neue rechte Alternative an, wenn sie nicht endlich „in die Pool-Position“ kämen. Diese von der Jugend getragene neue Kraft sollten „wir Alten“ dabei „beratend begleiten“. Parteigründer Schönhuber ruft daher „die Rentner auf, aus der Deckung herauszugehen“. Sein Ruf nach „Denkfabriken“, die das „politische und ideologische Rüstzeug“ für eine für „alle begreifbare Alternative“ zu dem jetzigen „System“ erarbeiten sollen, klingt ebenso vertraut wie die zum x-ten Mal erhobene Forderung „Schluss mit dem rechten Selbstmitleid, rechter Weinerlichkeit“. Aber es passt nicht so recht zu einem Autor, dessen neues Opus (mit Horst Mahler) „Schluss mit dem deutschen Selbsthass“ vom Rezensenten mit Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ gleichgesetzt wird. Fichte kann sich gegen einen solchen Vergleich leider nicht wehren, wir bitte aber, den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher nicht mehr als Pate für Schönhubers und Mahlers verblasene Politgründelei anzurufen. Ansonsten bringt das Heft altbekannten Antiamerikanismus. Die antisemitischen Töne sind etwas gedämpfter, dafür kann man ja jetzt den US-amerikanischen Autor Norman Finkelstein als Beleg für das präsentieren, was man schon immer gegen die Juden hatte. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 40-42/2000: Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung sei an die Stelle einer „positiv besetzten nationalen Identität ... eine Schuld- und Zerknirschungsrhetorik“ getreten, „Auschwitz zur ‘negativen’ Staatsraison Deutschlands“ geworden, beklagt leitartikelnd JF-Autor Michael Wiesberg (40/00). Unter Beschuss steht Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der zur „jetzt gesamtdeutschen Kultur falscher Gefühle einer politischen Klasse“ gehörend, „während des Hochamtes der bundesdeutschen Zivilreligion“ auf dem Gelände für das Holocaust-Mahnmal sich gemeinsam mit Bundespräsident Johannes Rau „haltlos heulend“ gezeigt habe. Thierse solle „sich ein Mahnmal ins Wohnzimmer stellen“, schlägt Volker Kempf vor, der die „Tyrannei der political correctness“ geißelt. Eine weitverbreitete Gesinnung wolle „die Deutschen zur Inkarnation des Bösen machen“, wie früher die „Juden monokausal zum Inbegriff alles Schlechten erklärt“ worden wären (40/00). Berichtet wird über die im September stattgefundene Tagung des „1. Berliner Kollegs“, die von der JF und dem ihr nahestehenden Institut für Staatspolitik durchgeführt wurde, wozu sich fast 100 hauptsächlich studentische Zuhörer in einem Hörsaal versammelt hätten (40/00). Das Institut für Staatspolitik durfte denn auch im Berliner Kronprinzenpalais am 2. Oktober eine Feier zur Deutschen Einheit veranstalten. Festrednerin war dabei die CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld (41/00). Die offiziellen Einheitsfeierlichkeiten waren denn auch nach Ansicht von JF-Chefredakteur Dieter Stein „griesgrämig, mickrig, provinziell“ undsoweiter, die „politische und intellektuelle Klasse dieses Landes“ habe den Deutschen jegliches „Nationalbewusstsein“ ausgeredet, gar als „latent rechtsextrem“ denunziert. Zur Abwechslung würde die Spaßgesellschaft jetzt nach Aids den „Kampf gegen Rechts“ entdecken, diffamiert Andreas Wild das Engagement zahlreicher Menschen (41/00). Die „immer groteskere Züge“ annehmende „antifaschistische Erregung“ verhindere letztlich eine Diskussion über die besorgniserregende Gewaltexplosion in Deutschland, wobei rechte Gewalttaten zahlenmäßig kaum ins Gewicht fielen, meint JF-Autor Wiesberg (42/00). Klaus Hornung warnt vor dem „Linksfaschismus“, der „im Gewande der antifaschistischen Demokratie“ marschiere. Für Dieter Stein sind die Schändungen jüdischer Einrichtungen letztendlich eine „Spätfolge der 68er Kulturrevolution“ (42/00). Ziemlich unappetitlich und voll mit rassistischen Ressentiments ist der Beitrag von Alexander Barti über asylsuchende Roma in Straßburg (41/00). (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Berchtesgaden** - Das braune Antiquitätengeschäft „Carinhall“ in Berchtesgaden zu Füßen des Obersalzberges ist wieder geschlossen. Inhaberin des 1999 eröffneten Ladengeschäftes war die 29-jährige Pamela Körner aus dem baden-württembergischen Bruchsal. Der Laden erhielt seinen Namen als Reminiszenz an Hermann Görings Villa. Die ehemalige Zahnmedizinstudentin Körner betreibt nun ihr Geschäft über das Internet weiter. Zum Angebot gehören neben zahllosen NS-Devotionalien auch 20 „Original-Haare des Führers“. Der Angebot soll bei 2 000 Mark liegen.

■ **Berlin** - Wieder hat die ultrarechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ einen namhaften Sozialdemokraten als Interviewpartner gewonnen. Diesmal zwar nicht einen aktiven Staatsminister wie Christoph Zöpel aus dem Auswärtigen Amt (s. BNR 20/00), aber immerhin einen ehemaligen Landesminister: Friedhelm Farthmann, der auch lange Fraktionschef im nordrhein-westfälischen Landtag war. In einer Presseinformation warb das Blatt mit dem SPD-Mann und zitierte aus dem Interview: „Es dürfen nur noch Ausländer zu uns kommen, die wir selbst gerufen haben oder die politisch verfolgt werden. ... Alle anderen sollten nicht zugelassen werden, weil wir nicht das Elend dieser Welt bei uns lösen können.“ Zur Diskussion um die Zuwanderungspolitik ließ sich Farthmann mit dem Satz zitieren: „In der Tat sind hier und da Anfänge von Meinungsterror zu erkennen.“

■ **Berlin** - 600 Anruferinnen und Anrufer haben sich im ersten Monat nach ihrer Einrichtung an die vom Bundesinnenministerium eingerichtete Hotline des Bundesgrenzschutzes gewandt, die unter anderem Hinweise auf rechtsextreme Straftaten, jedoch auch auf Vandalismus und Gewalt auf Bahnhöfen sowie in Zügen entgegennimmt.

■ **Berlin** - Die rechtsextremen Straftaten insgesamt sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums im August auf 1112 Vorfälle angestiegen. Dies bedeutet gegenüber den Vormonaten von Januar bis Juli nahezu eine Verdoppelung. Die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Straftaten ist im August auf 403 angewachsen, wie der Bundesminister des Innern auf eine Frage der PDS im Deutschen Bundestag mitgeteilt hat. Im selben Monat des Vor-

jahres waren es 276. Von den 356 Tatverdächtigen (= 202 mehr) wurden 69 vorläufig festgenommen, gegen 23 erging Haftbefehl.

■ **Berlin** - Die nationalbolschewistisch ausgerichtete Neonazi-Gruppierung „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) unter Führung von Michael Koth hat auf einer Festveranstaltung bewährte „Aktivisten der Bewegung“ mit verschiedenen Auszeichnungen bedacht: Wolfgang Schüler (NPD-Großfinanzier) wurde zum „Aktivist der Volkssozialistischen Arbeit“, Ursula Mann (Ex-NPD-Landesvorstandsmitglied Sachsen) zum „Ehrenmitglied des KDS“ ernannt. Die Druckerei des Neonazis Rüdiger Kahsner (ehemals FAP und NPD) darf sich nun mit dem Titel „Volkssozialistischer Musterbetrieb“ schmücken. KDS-Stabschef Thomas Brehl (Ex-Stellvertreter Michael Kühnens) ist frischgebackener „Aktivist des Neuen Deutschland“.

■ **Berlin/Frankenberg** - Der sächsische NPD-Funktionär Michael Nier hat nach einem Bericht der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (43/2000) am 7. Oktober seinen Austritt aus der NPD erklärt. Nier, ehemaliger Professor für dialektischen und historischen Materialismus in der DDR, war schon seit längerer Zeit auf Distanz zur NPD gegangen. In einem Offenen Brief hatte er im Sommer unter anderem einzelnen NPD-Mitgliedern ein „biologistisches Menschenbild“ vorgeworfen.

■ **Duisburg** - Die Jungen Nationaldemokraten Duisburg rufen auf ihrer Homepage ihre Kameraden in NPD/JN dazu auf, einem möglichen Verbot zuvorzukommen und neue Wege einer Organisationsstruktur zu schaffen: „Das Verbot kommt, wichtig ist das alles jetzt schon verschwindet was jetzt noch erlaubt ist, aber nach dem Verbot auf jedenfall eingezogen wird. Das könnte Geld sein, diverse Unterlagen, Strategiepapiere, Schulungsmaterial, Computer“. Nach dem Verbot, so die JN, „sollte auf jeden demokratischen Scheiß verzichtet werden. Es sollte dann legal am Rande zur Illegalität gearbeitet werden. ... Immer neue Angriffsziele finden, alle die dieses System stützen ins Visier nehmen“. (Fehler im Original)

■ **Hamburg/Berlin** - Übelste antisemitische Hetze verbreitet das „Deutsche Kolleg“. In einem 13-seitigen Papier mit dem Titel „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ vom 15. Oktober wird „das Verbot der jüdischen Gemeinden“ verlangt, da diese „Völkervertreibungen und Völkermorde un-

terstützen.“ Dagegen soll der „Widerstand der Völker“ gegen den „Vernichtungsfeldzug des Judentums“ organisiert werden. Auch habe man mit „großen Anstrengungen in Erfahrung gebracht, dass die beiden Weltkriege gegen das Deutsche Reich unter maßgeblicher Beteiligung jüdischer Bankiers und jüdischer Medien organisiert wurden in der Absicht, das Deutsche Reich für immer zu zerstören“. Unterzeichnet ist die „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ von Horst Mahler (NPD), Uwe Meenen (einst Bundesvorsitzender der Jungen Republikaner, zuvor JN-Funktionär) und Reinhold Oberlercher. Der sich als „völkisch-gemanischer Nationalmarxist“ bezeichnende Oberlercher gründete 1994 das „Deutsche Kolleg“ als Schulungseinrichtung der „nationalen Intelligenz“, um zu einer Intellektualisierung des Rechtsextremismus beizutragen.

■ **Hannover/Lüneburg** - Das Landgericht Hannover hat mit einer Einstweiligen Verfügung die Postbank Hannover dazu verpflichtet, ein Konto der niedersächsischen Republikaner weiterzuführen. Der niedersächsische Verfassungsschutz darf die REP künftig auch mit geheimdienstlichen Maßnahmen wie verdeckten Ermittlern überwachen. Dies hat der 11. Senat des Oberverwaltungsgericht Lüneburg in einem acht Jahre währenden Rechtsstreit zwischen den REP und dem Land Niedersachsen am 20. Oktober entschieden. Das OVG sah genügend Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Gegen das Urteil ist keine Revision möglich. Der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer kündigte an, dass die Partei Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einreichen werde.

■ **Haßfurt** - Der revanchistische Witikobund führte im fränkischen Haßfurt Anfang Oktober seine Hauptversammlung und sein Jahrestreffen 2000 durch. Auf der Tagesordnung der Hauptversammlung standen die Entlastung und Neuwahlen des Vorstandes an. Aber auch der Arbeitskreis „Kooperation Witikobund-Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ durfte im Rahmen des Jahrestreffens von der jüngsten Entwicklung berichten. Die JLO hatte Anfang des Jahres ihren Status als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen wegen ihrer evidenten Nähe zur NPD verloren.

■ **Lübeck** - Steffen Hupka, Jürgen Gerg, Tino Brandt und Frederick Seifert sind die Sprecher der jüngst gegründeten „Revolutionären Plattform - Aufbruch 2000“ (RPF; Postfachadresse Duisburg),

einem „Zusammenschluss von revolutionären Nationalisten in der NPD/JN“. Man versteht sich als „Speerspitze des revolutionär kämpfenden Nationalismus und arbeitet für dessen ständige Vertiefung und Verbreitung in der Partei.“ Ziel der RPF ist es, NPD/JN zu einer „wirklich geschlossenen, erfolgreichen, revolutionären Bewegung“ zu entwickeln. Sich selbst sehen die Neonazis „in der Tradition des revolutionären deutschen Freiheitskampfes der letzten Jahrhunderte, der für nationale Einheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit geführt wurde“, stehend.

■ **München** - In Neonazi-Kreisen wird sceneintern zum 9. November mobilisiert. In einem Strategiepapier des Anonymus „Earl Turner“ (Romanfigur aus dem rechtsterroristischen Werk „Turner Diaries“) heißt es: „Zum 9. November hin sollte man überall Flagge zeigen, für die 16 gefallenen Helden vom 9. November 1923 (München). Sie waren die ersten gefallenen Kameraden der Bewegung.“ Als Mittel für die Aktionen sollen die Kameraden „Transparente, Plakate, Flugschnipsel von Hochhäusern oder in Bahnhöfen, SMS-Bomben, E-Mail-Bomben an Redaktionshäuser des Spiegel, Stern, Springer Verlag, Tageszeitungen usw.“ einsetzen. Zur Vorgehensweise rät Turner: „Unauffällig kleiden, in 2-3 Mann Gruppen vorgehen. Schnell zuschlagen und nix wie weg. ... Der Kampf geht weiter!!!“

■ **München** - Renate Werlberger, langjährige NPD-Kreisvorsitzende von München, wirbt in dem Neonaziblatt „Deutscher Politischer Presse- und Informationsdienst“ (dpi), dem „Offiziellen Organ des Nationalen Widerstandes“, für NPD-Geschenkartikel wie Feuerzeuge, Flaschenöffner und Bierkrüge. Diese seien „ideale Werbegeschenke für Info-Stände und Versammlungen zu günstigen Preisen.“ dpi-Schriftleiter ist der einstige FAP-Bundesvorsitzende Friedhelm Busse (München). Weitere Redakteure des Blattes (21/2000), das nach Eigenangaben in einer Auflage von 2.500 Exemplaren zweimonatlich erscheint, sind neben anderen der Dortmunder Siegfried Borchardt, Ex-FAP-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, und der Anti-Antifa-Aktivist Uwe Brunke von der Kameradschaft Beusselkiez in Berlin.

■ **Parchim** - Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Gottfried Timm (SPD), bestätigte jetzt auf eine parlamentarische Anfrage der PDS, dass es in der Gemeinde Grebbin auf einem Reiterhof im Landkreis Parchim Schulungsveran-

staltungen der NPD gegeben hat. Dabei wurden bis 100 Teilnehmer gezählt, die sich überregional aus- und fortgebildet hatten. Die Grünen in Georgsmarienhütte weisen darauf hin, dass die NPD im benachbarten Harderberg ein ehemaliges Schützenhaus zu regelmäßigen Zusammenkünften nutzt.

■ **Starnberg** - Die von Alfred Mechttersheimer initiierte Deutsche Aufbau-Organisation (DAO), „deren Aufgabe es ist, einen Beitrag für eine gemeinsame deutsche Partei des patriotischen Spektrums zu leisten“, hat neue Koordinationskreise gebildet: Katharina Behrend, Ex-Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat, Meerbusch (Nordrhein-Westfalen); Jens Jessen, Ex-CDU-Mitglied, Mainz (Rheinland-Pfalz); Heinz Flöter, Ex-NPD-Mitglied, Usingen (Hessen), Markus Schäfer, Karlsruhe (Baden-Württemberg). Die Republikaner stehen mit der DAO auf Kreisfuß: „Hände weg von Falschmeldern und Bewegungen, die nur Streit und Unruhe säen!“, wird in der Parteizeitung „Der Republikaner“ gewarnt.

■ **Schwarzenborn** - Manfred Roeder, Vorsitzender der Deutschen Bürgerinitiative (DBI), hat sich zum legitimen Rechtsnachfolger von Karl Dönitz, „dem letzten legalen Vertreter des Reiches“, ernannt. Der Bundesregierung wirft der verurteilte Rechtsterrorist in einem Rundschreiben (Nr.6/2000) vor, dass ihr die Rechtsgrundlage fehle und ihre Repräsentanten lediglich „Vasallen der Besatzer und Feinde Deutschland“ darstellten. Um dem deutschen Volk kundzutun, dass das „Reich besteht und wir seine Vertreter sind“, ruft Roeder zu Spenden auf: „Jedem werde ich eine Ehrenurkunde als Reichsbürger ausstellen, der in diesem entscheidenden Kampf um unser Volk und Reich einen Betrag von tausend Mark oder mehr spendet.“

■ **Tellingstedt** - Der 75-jährige Alt-Nazi Heinz Mahncke aus Tellingstedt in Schleswig-Holstein, einst Freiwilliger der Waffen-SS, später aktiv bei der Sozialistischen Reichspartei (SRP) sowie der Deutschen Freiheitspartei, sucht einen Erben für die „Weiterbetreuung seiner Arbeit“. Verbunden mit dem Erbe, so eine Anzeige von Mahncke in den HNG-Nachrichten (Nr.235), wäre auch die Übernahme seiner Bibliothek. Voraussetzung für die Übergabe seien „intensives Kennenlernen aller Arbeiten, erläuternde Gespräche und die vertragliche Gewissheit, dass der oder die Erbin sich wirklich treuhänderisch mit dem Lebenswerk beschäftigen.“ Mahncke ist heute noch als Autor für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zugange.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 22-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

Ausland

■ **Österreich (Mitterberg)** - Ein Auftritt des braunen Liedermachers Frank Rennie bei der 35. Politischen Akademie der rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik am 14. Oktober in Mitterberg/Obersteiermark hat diesem eine Anzeige nach dem Verbotsgesetz eingebracht. Vor Ort anwesende Sicherheitsbeamte hörten bei dem Auftritt mit und erstatteten Anzeige wegen des Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung. Rennie soll NS-Texte gesungen und CDs mit NS-Inhalten zu verkaufen versucht haben. Die österreichischen Behörden denken nun über ein Aufenthaltsverbot für Rennie nach.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bmr.de
 Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto